



öffentlich

**Betreff:**

Besuche des Oberbürgermeisters in Potsdamer Schulen

**Einreicher:** Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 04.01.2010

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
27.01.2010	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten, seine für 2010 angekündigten Besuche in den Potsdamer Schulen öffentlich zu machen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

In einem Interview mit der MAZ vom 31.12.2009 äußerte Oberbürgermeister J. Jakobs: „Ich verspreche hiermit: 2010 ziehe ich persönlich von einer Schule zur nächsten und überzeuge mich von den Baufortschritten.“

Um Verwaltungshandeln und Anträge der Stadtverordneten bezüglich der baulichen und materiellen Probleme der Potsdamer Schulen besser zu koordinieren, ist es sinnvoll, die angekündigten Besuche terminlich früher als per wöchentlichem Redaktionskalender zu veröffentlichen, damit Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport und interessierte Stadtverordnete daran teilnehmen können. So könnten Doppelungen in den Anträgen bzw. Parallelhandlungen zwischen Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung vermieden werden.